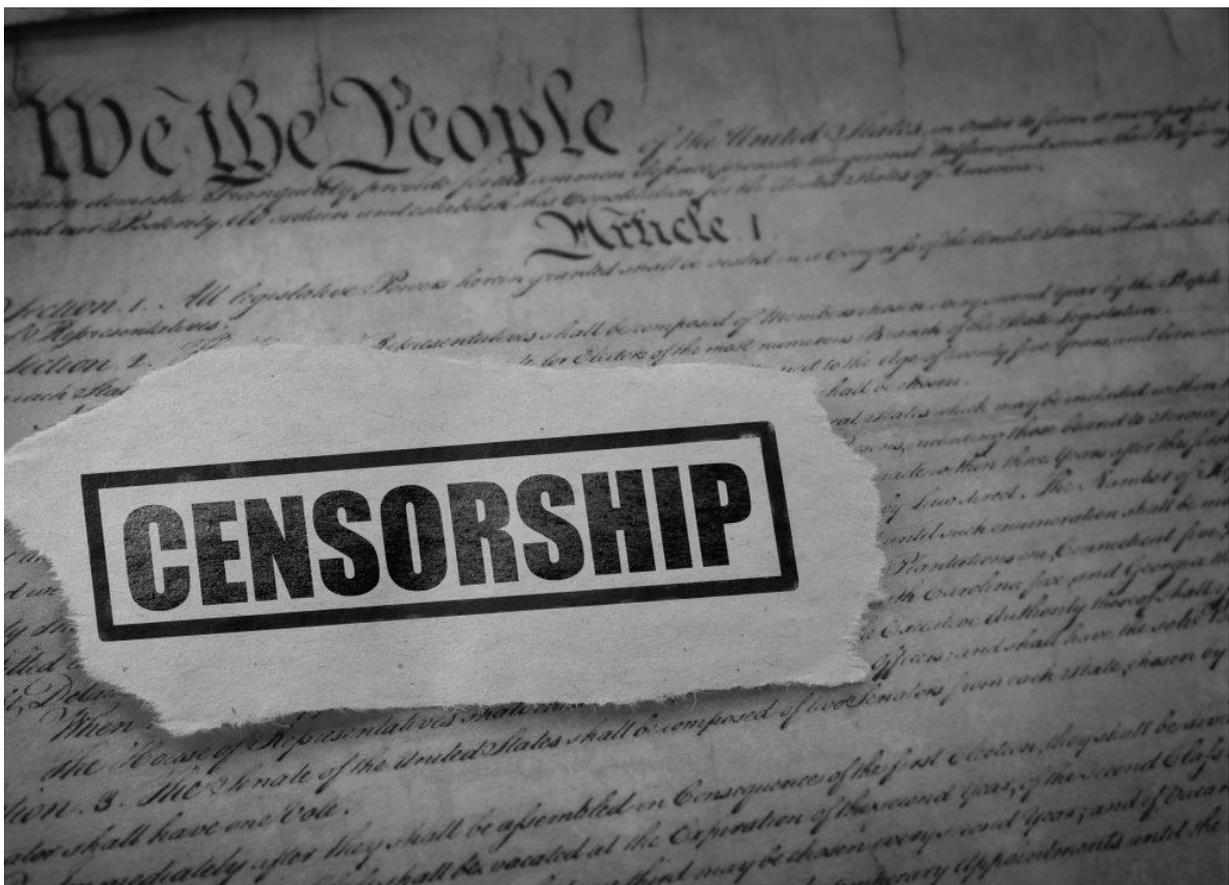


EXKLUSIV – America First Legal erhält neue interne CDC-Dokumente, die ausländische Absprachen im Zensurregime der Regierung Biden-Harris aufdecken

13. September 2024



WASHINGTON, DC – Heute hat America First Legal neue Dokumente veröffentlicht, die es ausschließlich im Rahmen seines [Rechtsstreits](#) gegen die Centers for Disease Control and Prevention (CDC) erhalten hat. AFL hat das Foliendeck erhalten, das in einer Präsentation der „Counter Desinformation Unit“ des Vereinigten Königreichs vor dem Interagency Policy

Committee (IPC) des Biden-Harris National Security Council (NSC) am 10. August 2021 verwendet wurde. Diese Veröffentlichung folgt auf [Aufrufe](#) von der Vorsitzenden des Cybersicherheits-Unterausschusses des Repräsentantenhauses, Nancy Mace, um sicherzustellen, dass die Wahl 2024 vor der tiefen staatlichen Zensur geschützt wird, die bei der Wahl 2020 vorherrschte.

Im Rahmen der [regelmäßigen behördenübergreifenden Treffen des NSC zur Zensur von COVID-bezogenen Reden in den Vereinigten Staaten](#) war das Weiße Haus im Jahr 2021 Gastgeber der Counter Desinformation Unit (CDU) der britischen Regierung, um sich über deren effektivste Zensurtechniken zu informieren. Zu den Empfehlungen des Vereinigten Königreichs an die Biden-Harris-Administration gehörten:

- **Einrichtung einer speziellen Einheit zur Leitung regierungsweiter Zensurbemühungen;**
- **Verabschiedung von Gesetzen für die Regierung, um die Fehlinformations- und Desinformationspolitik von Technologieunternehmen zu regulieren und sie zu bestrafen, wenn sie sich weigern, den Zensuranforderungen der Regierung nachzukommen;**
- **Erstellen und pflegen Sie Partnerschaften mit Unternehmen, um ungünstige Inhalte zu „kennzeichnen“;**
- **Nutzen Sie den außenpolitischen Apparat, um diese gemeinsame Agenda zwischen verbündeten Regierungen und multilateralen Institutionen zu koordinieren.**
- **Nutzen Sie die Kontrolle über die sozialen Medien, um „Desinformation entgegenzuwirken“ und linke Dogmen zu fördern.**

Counter Disinformation Unit
Department for Digital, Culture, Media & Sport
(DCMS)

An diesem Treffen nahmen hochrangige Mitarbeiter des Weißen Hauses, des NSC, des Office of the Director of National Intelligence (ODNI), der Central Intelligence Agency (CIA), des Federal Bureau of Investigation (FBI) und der Außenministerien teil, Finanzministerium, Verteidigung (DOD), Heimatschutz (DHS) und Gesundheits- und Sozialdienste (HHS), die US-Behörden für internationale Entwicklung (USAID) und globale Medien (USAGM) sowie hochrangige Offiziere der Armee, Marine und Luftwaffe.

Bei diesem Treffen legte die CDU dar, wie sie die britische Öffentlichkeit zensiert, und diese Dokumente zeigen, wie linksautoritäre Regierungen auf der ganzen Welt zusammenarbeiten, um die freie Meinungsäußerung anzugreifen.

Während des Zensurtreffens lud der Biden-Harris NSC die britische Regierung ein, ihr Zensur-Playbook vorzustellen. Sie empfahlen die Schaffung einer speziellen Drehscheibe zur Leitung regierungsweiter Zensurbemühungen, die Verabschiedung von Gesetzen, die es der Regierung ermöglichen, Social-Media-Unternehmen zu zwingen, und die Beauftragung des Außenministeriums, mit ausländischen Verbündeten und multilateralen Institutionen zusammenzuarbeiten, um die globale Zensuragenda zu koordinieren.

1. Ein zentraler Knotenpunkt zur Leitung regierungsweiter Zensurbemühungen

Die Counter Disinformation Unit (CDU) ist eine britische „abteilungsübergreifende“ Einrichtung, die Zensurprogramme in der gesamten britischen Regierung koordiniert. Sie „unterstützen die Formulierung einer koordinierten Reaktion der Regierung“ auf die „Bedrohung“ durch Fehlinformationen (alles, was die Regierung für falsch hält).

Page 49 Case 1:22-cv-00978-APM Document 29-8 Filed 07/26/24 Page 49 of 155

Cross-Departmental Counter-Disinformation Unit

Slides For Presentation Purposes Only: Do Not Distribute

The DCMS led-Counter Disinformation Unit works across Departmental boundaries and is mandated to provide the most **comprehensive picture possible about the extent, scope and impact** of disinformation during times of heightened risk by **bringing all the relevant information into one place**.

We've previously stood up an operational response to counter disinformation during the 2019 European elections, the 2019 UK General Election, and the local and devolved UK elections in May of this year.

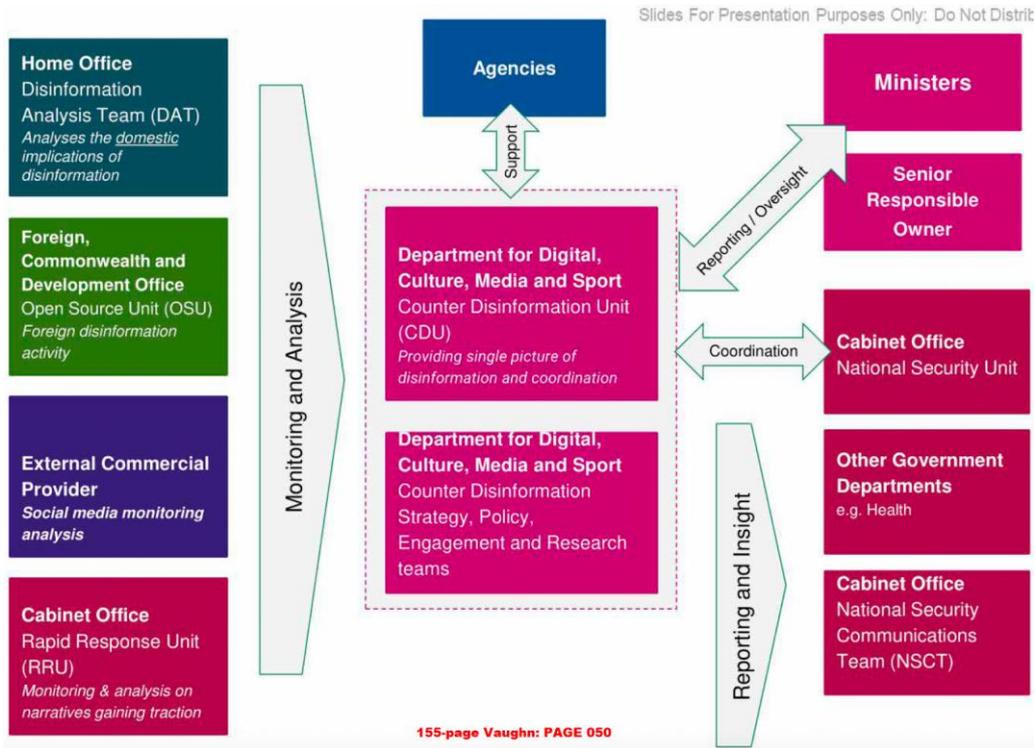
We've been stood up since March last year in response to Covid-19.



Support formulation of a coordinated Government response

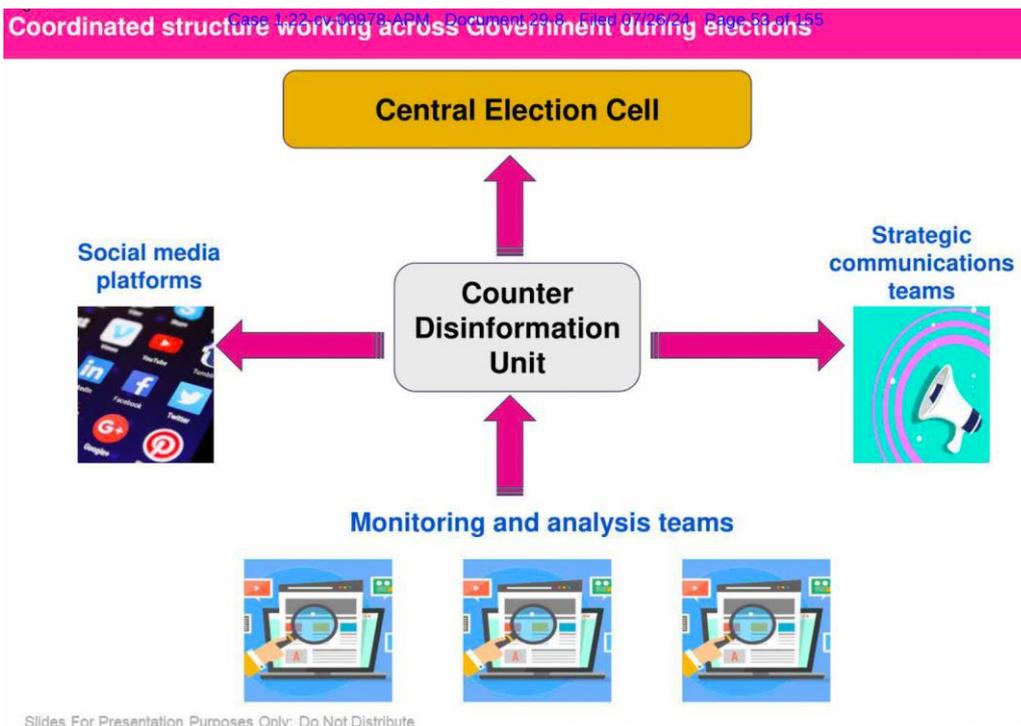
Die CDU koordiniert das britische Zensurprogramm mit privaten Unternehmen wie Social-Media-Plattformen und gemeinnützigen Organisationen. Zur CDU gehören Teile des außenpolitischen Apparats des Vereinigten Königreichs, in- und ausländische Geheimdienste sowie Personen, die direkt für den Premierminister in der Nationalen Sicherheitseinheit des Kabinettsbüros arbeiten.

- Projects support partner governments, media organisations, civil society to promote independent media, collect open-source information and, where appropriate, to expose disinformation.



Ein separater AFL- [Rechtsstreit](#) hinein ähnliche öffentlich-private Zensurpartnerschaften in den USA ins Leben gerufen hat [ergab, dass die Biden-Harris-Administration bis weit in das Jahr 2024](#) . Beispielsweise [gelang es](#) der AFL, die Orwellian Homeland Intelligence Experts Group in einem Rechtsstreit aufzulösen, in dem [Trump-Anhänger als „Bedrohungen durch inländischen Terrorismus“ bezeichnet wurden](#) .

Um die Wahlzeit herum richtete die CDU eine „Zentrale Wahlzelle“ ein, um die Zensurbemühungen auf Hochtouren zu bringen.



Während der Zwischenwahlen 2022 in den USA richtete die Biden-Harris-Administration ebenfalls einen [National Election Command Post](#) innerhalb des FBI ein.

2. Verabschiedung von Zensurgesetzen

Bei dem Treffen teilte die CDU mit, dass ihr Vorschlag es ihr ermöglichen würde, Social-Media-Plattformen direkt zu zwingen, sicherzustellen, dass den Zensurforderungen der Regierung Folge geleistet wird. Durch die Schaffung einer neuen Sorgfaltspflicht ermächtigt das vorgeschlagene Gesetz eine britische Regulierungsbehörde, die Zensur von Inhalten zu fordern, die die britische Regierung als schädlich erachtet. Der UK Online Safety Act trat im [Oktober 2023](#) in Kraft und ist die Grundlage, auf der britische Strafverfolgungsbehörden [mit der Auslieferung und Inhaftierung von US-Bürgern gedroht](#) haben. Das Gesetz weist eine Parallele zu den kürzlich wieder aufgetauchten Kommentaren der damaligen [Senatorin Kamala Harris](#) aus dem Jahr 2019 auf, die das Justizministerium aufforderte, Social-Media-Unternehmen zu bestrafen, die „Desinformation“ und „Fehlinformationen“ zuließen.

- The Online Safety regulatory framework includes a new legal duty of care on companies, which will be enforced by the appointed regulator, Ofcom.
- The duty of care will require companies to address harms to individuals on their online platforms, including misinformation and disinformation.

Category 1 Services

- Services with the largest audiences and a range of high risk features (known as 'Category 1 services'), including the **major social media platforms, will be required to set out what content**, including many types of misinformation and disinformation that harms individuals, **is and is not acceptable in their terms and conditions.**

Enforcement

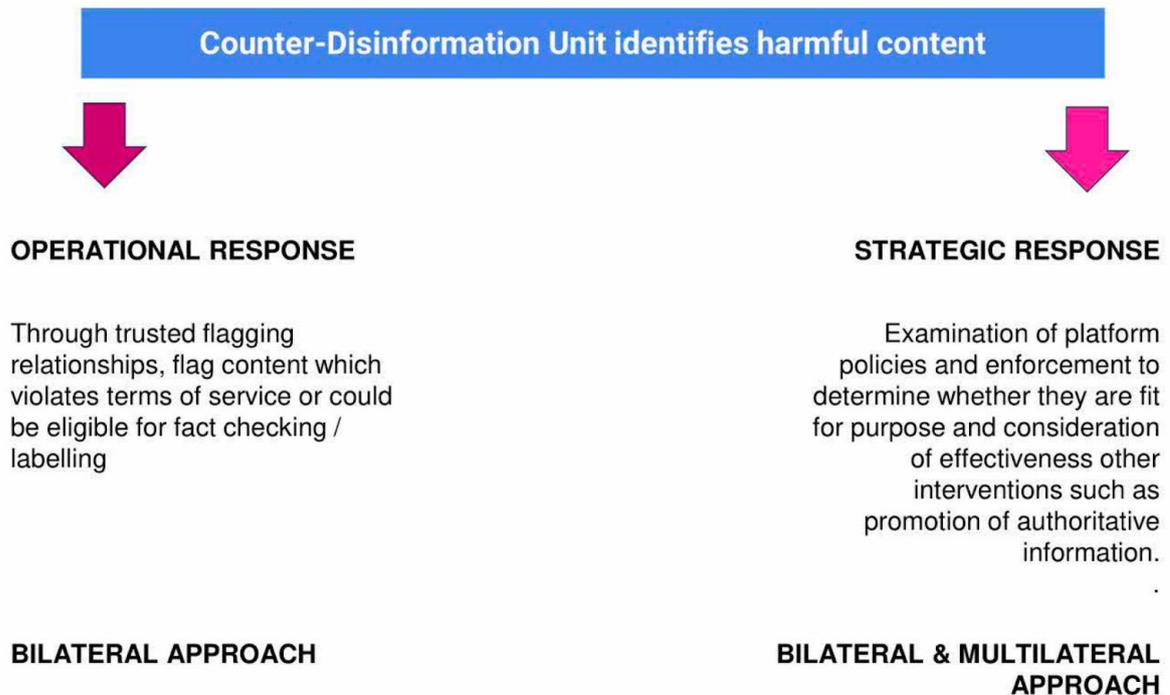
- **Companies will need to enforce this effectively**, including removing content if they've made it clear it is not allowed on the platform. If what is appearing on their platforms doesn't match up with the promises made to users, **Ofcom will be able to take enforcement action.**

Eine separate AFL- [Untersuchung](#) hat bestätigt, dass das Weiße Haus [unter](#) Biden und Harris politische Empfehlungen vom in Großbritannien ansässigen Centre for Countering Digital Hate (CCDH) – der [Gruppe hinter dem UK Online Safety Act](#) – [eingeholt und sich](#) verpflichtet hat, Unternehmen durch Strafverfolgungen des Justizministeriums zur Rechenschaft zu ziehen Durchsetzungsmaßnahmen der FTC wegen der Zulassung von „Online-Belästigung“ auf ihren Plattformen.

3. Richten Sie regelmäßige Kommunikationswege zwischen der Regierung und Social-Media-Plattformen ein .

Auch die CDU setze stark auf „vertrauensarme Beziehungen“. Im Endeffekt bedeutet dies, dass die Regierung Social-Media-Unternehmen anweist, bestimmte Beiträge und Personen zu

zensieren. Dieses Verhalten bei der Kennzeichnung von Posts veranlasste die AFL zunächst dazu [einzureichen](#), die [Klage](#), die zur Vorlage dieser Dokumente führte und den Kern des *Falles Missouri gegen Biden* bildet, in dem die AFL [zwei wichtige](#) im Namen von Dutzenden von Mitgliedern Amicus-Schriftsätze einreichte Repräsentantenhaus. ebenfalls eine solche „vertrauenswürdige Beziehung“ mit Social-Media-Unternehmen eingegangen war. Frühere Veröffentlichungen, die AFL in diesem Rechtsstreit erhalten hatte, zeigten, dass die Biden-Harris-Administration bereits vor diesem Treffen



4. Druck der internationalen Regierung

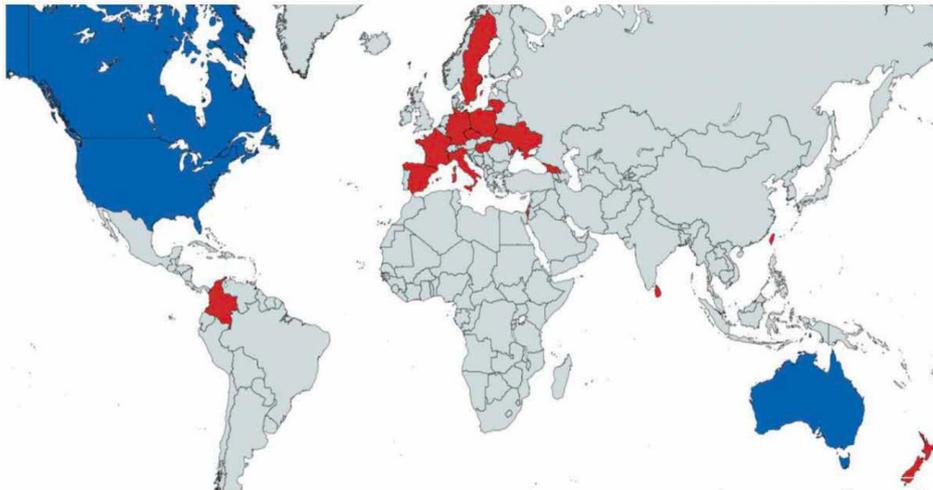
Die Präsentation scheint zu zeigen, dass die britische Regierung ihren außenpolitischen Apparat einsetzt, um ihre Zensuragenda voranzutreiben, und die USA ermutigt, dasselbe zu tun. Einer der sogenannten „wesentlichen Vorteile“ dieses Ansatzes wäre, so die Präsentation, dass diese einheitliche Druckfront der Regierung „die Zusammenarbeit von Plattformen fördern“ würde.

Das britische Außenministerium und das US-Außenministerium scheinen in dieser internationalen staatlichen Zensurpartnerschaft eine wichtige ähnliche Rolle zu spielen. Durch die Koordination linksautoritärer Regierungen können sie die Weltbevölkerung so manipulieren, dass sie glaubt, dass es keine Alternative zur massiven staatlichen Zensur sozialer Medien gibt und dass die „Industrie“ „neue Systeme und Prozesse effizient umsetzen“ würde. Im Jahr 2021 konnte sich das Vereinigte Königreich einer engen Zusammenarbeit mit den USA, Australien und Kanada sowie bilateralen Beziehungen mit 20 weiteren Ländern rühmen. Da stellt sich die Frage: Wie viele Nationen haben sich dieser Initiative inzwischen angeschlossen? Um die Tiefe dieser Zensurpartnerschaften zu erkunden, hat die AFL kürzlich Untersuchungen zu einer möglichen Beteiligung des Biden-Harris-Außenministeriums an brutalen Vergeltungsmaßnahmen gegen [Telegram](#) und [X](#) wegen der Weigerung, ihre Plattformen zu zensieren, eingeleitet.

- There are also significant benefits to collaborating with international partners:
 - Clear message that the international community is prioritising this policy area, encouraging cooperation from platforms.
 - A consistent ask would support industry in efficiently implementing new systems and processes.
- ***So far, encouraging response from international partners. We would be pleased to share the framework with you and arrange a follow-up meeting to discuss this subject further.***

Case 1:22-cv-00978-APM Document 29-8 Filed 07/26/24 Page 80 of 155

International Engagement



Joint working
With US,
Canada,
Australia

Bilateral
engagement with
20+ countries

International training
and capability



Training, report
sharing

Der CDU-Vortrag beleuchtet auch die Rolle multilateraler Institutionen in diesem internationalen Engagement und nennt unter der Überschrift „Multilaterale Zusammenarbeit zur Bekämpfung von Desinformation“ insbesondere den Rapid Response Mechanism der G7 und die Interagency Platform on Culture for Sustainable Development (IPCSD) der Vereinten Nationen. Die Logos der Nordatlantikpakt-Organisation (NATO), des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) und des Europäischen Zentrums für Exzellenz zur Abwehr von Bedrohungen sind unter der Überschrift „Internationale Ausbildung und Fähigkeiten“ zu sehen.

INTERNATIONAL ENGAGEMENT

- International engagement with partners to counter disinformation.
 - Sharing ideas and open source intelligence
 - Building coalitions
 - Sharing lessons learned
- Exploring and delivering programmes and joint campaigns
- Multilateral cooperation to counter disinformation
 - IPCSD
 - CFI
 - G7 RRM

5. Fördern Sie linke Dogmen

Ein Teil der Präsentation der britischen Regierung beinhaltete eine Beschreibung einer britischen Initiative namens „[Counter Disinformation and Media Development Program](#)“, die von 2016 bis 2021 in Osteuropa aktiv war. Ihrer „Theory of Change“ zufolge ist dies eines der Ergebnisse davon Ziel dieses Plans war, dass die Zielgruppen „die Identifikation mit bereits bestehenden gesellschaftlichen Vorurteilen verringern“ und „die Unterstützung für die Gleichstellung der Geschlechter“ und „liberale demokratische Werte“ erhöhen würden. Diese Begriffe mögen harmlos klingen, aber in der Praxis sind sie ein Deckmantel für linke Social-Re-Engineering-Experimente. Gelder aus dem CDMD-Programm wurden beispielsweise zur Finanzierung des „[Global Disinformation Index](#)“ verwendet, der eine „[Werbe-Schwarzliste](#)“ für Websites führt, die angeblich „Anti-Trans-Narrative“ verbreiten.

Page 70

Case 1:22-cv-00978-APM Document 29-8 Filed 07/26/24 Page 70 of 155

155-uses Only: Do Not Distribute

Counter Disinformation and Media Development Programme

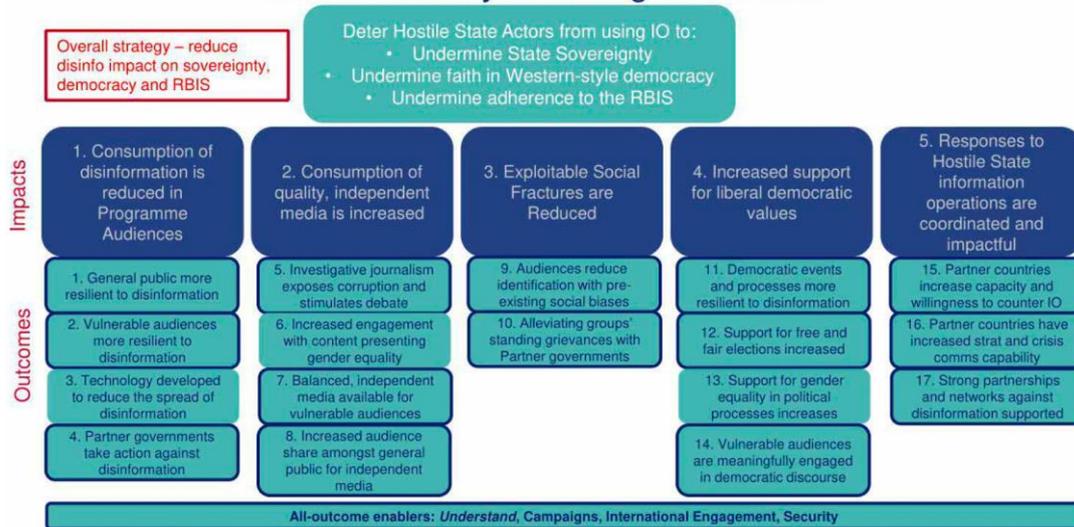

Foreign, Commonwealth
& Development Office

- Launched in 2016.
- FY 2021-22: £29.8m
- Supports NSC Russia Strategy objective to “protect national security by reducing the harm to democracy and the rules-based international order caused by Russia’s information operations”.
- Supports a whole-of-society approach aimed at changing Russia’s cost benefit analysis by
 - Strengthening the Information Environment
 - Increasing Resilience to Disinformation
 - Building a Strong UK and Western Response
- Operates across the Baltic States, Eastern Neighbourhood, Central Europe and the NATO space.
- Projects support partner governments, media organisations, civil society to promote independent media, collect open-source information and, where appropriate, to expose disinformation.

24

155-page Vaughn: PAGE 070

CDMD: Theory of Change Overview



Diese Folien enthüllen die Zusammenarbeit der Biden-Harris-Regierung mit ideologisch ausgerichteten linken Verbündeten, um aufgeweckte progressive Dogmen durchzusetzen und gleichzeitig zu überwachen und zu zensieren, was Amerikaner denken und sagen. America First Legal wird weiterhin unermüdlich für den Schutz und die Verteidigung der Meinungsfreiheit kämpfen.

Erklärung von Gene Hamilton, Executive Director von America First Legal:

„Ohne offensichtlich die Ironie zu würdigen, dass der erste Zusatzartikel zu unserer Verfassung nach unserer Unabhängigkeit von Großbritannien verabschiedet wurde, zeigen diese Aufzeichnungen, dass das Biden-Harris-Regime offenbar mit Vertretern des Vereinigten Königreichs über Möglichkeiten zur wirksameren Zensur der Rede von Großbritannien diskutiert hat.“ Amerikaner im ganzen Land. Der Wunsch der Biden-Harris-Administration, Reden zum Schweigen zu bringen und zu kontrollieren, welche Informationen die Amerikaner erhalten können, ist so extrem, so allgegenwärtig und so übertrieben, dass sie bereit ist, den Erklärungen ausländischer Regierungen zuzuhören, wie man die grundlegenden verfassungsmäßigen Rechte besser verletzen kann das amerikanische Volk. Die Meinungsfreiheit ist für den Erfolg unserer demokratischen Republik und für die weitere Verbesserung der Menschheit von entscheidender Bedeutung. Wir werden weiterhin diejenigen entlarven, die sich der freien Meinungsäußerung widersetzen, und werden weiterhin für die Rechte aller Amerikaner kämpfen“, sagte Gene Hamilton.

Das vollständige Dia-Deck [Sehen Sie sich hier](#) die zuvor von AFL erhaltenen CDC-Dokumente [und hier](#) an .